

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

93 (21.4.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 23, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 2421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4032, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 95, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen, Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Stadt Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 2, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 93

Freitag, 21. April 1950

Preis 15 Pfg.

Charta der Arbeit in der DDR erlassen!

Ministerpräsident Grotewohl begründet in der Volkskammer das zum 1. Mai in Kraft tretende Grundgesetz der Arbeit

Berlin (EB). Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat das Gesetz zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten, beraten und beschlossen.

An der Sitzung der Volkskammer nahmen zahlreiche Aktivisten aus den volkseigenen Betrieben, sowie zehn westdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte aus Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein teil.

Zur Begründung des Gesetzes erklärte Ministerpräsident Grotewohl: Das Gesetz ist der Ausdruck der Achtung und Anerkennung der Regierung vor dem großen Einsatz aller werktätigen Menschen beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Wenn die Regierung Wert darauf legt, dieses Gesetz zum 1. Mai in Kraft treten zu lassen, so will sie damit dokumentieren, daß sie sich restlos auf die Seite der Werktätigen stellt, die an diesem Tag 60-jährige Wiederkehr des Mai-Kampftages feiern, der dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschen gewidmet ist. Die Regierung wünscht, daß die arbeitende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dieses Gesetz aus der Hand der Volkskammer entgegennehmen möge als

eine Charta der Arbeit,

die der Verbesserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes und dem friedlichen Wiederaufbau unserer Heimat dient.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind die gesetzliche Statuierung des Rechtes eines jeden Bürgers auf Arbeit und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten. Das Mitbestimmungsrecht in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Was ist nun das Neue?

Zunächst wird durch dieses Gesetz festgestellt, daß der FDGB und seine Gewerkschaftsorganisationen die Vertreter der Arbeiter und Angestellten sind. Damit wird jede Möglichkeit der Beeinträchtigung der Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften durch gewerkschaftsfeindliche oder gewerkschaftsschädliche, von den Arbeitern selbst nicht gewünschten oder gewollten Interessenwahrnehmungen der Arbeiter und Angestellten ausgeschlossen. Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch uneingeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gunst und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Was war der Zweck des Adenauer-Besuchs?

Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ schreibt zum Adenauer-Besuch in Berlin und seiner Aufzettelung die dritte Strophe des „Deutschland-Liedes“ zu singen: „Nichts kann besser den wirklichen Zweck seines Besuchs in Berlin zum Ausdruck bringen, als diese symbolische Handlung, die von seinem Spießgesellen Kaiser hohnlächeln und zustimmend als „Staatsstreich“ bezeichnet wurde.“

Mit viermotorigem Bomber gekommen und gegangen

Die „Neue Zeit“ (CDU der DDR) faßt ihr Urteil in den Worten zusammen: „Der kriegerischen Note des An- und Abfluges Dr. Adenauers mit einem viermotorigen Bomber entsprach seinem Auftreten in Berlin, wenigstens so weit es sich um Ostberlin, die Deutsche Demokratische Republik, sowie Osteuropa, insbesondere die Sowjetunion handelte. Daß Adenauers Besuch einen solchen wesentlichen Beitrag zur weiteren Erhellung der Westberliner Bestimmung würde, hatte niemand in Westberlin erwartet. Gerade darin bestand aber die große Überraschung des Adenauer-Besuchs.“

Wovon Adenauer nicht sprach

Die „Tägliche Rundschau“ führt darüber aus: „Adenauer sagt nichts von Watenstedt-Salzgitter, nichts von dem zweiten Watenstedt-Salzgitter in Hessen, nichts über die Terrorurteile gegen Abgeordnete und Redakteure. Von Deutschland war in Adenauers Rede sehr wenig zu hören, um so mehr von Europa und der Europäischen Union.“

Warum sind die westlichen Götter ungehalten?

Die Pariser „Humanité“ trifft den Nagel auf den Kopf, sie schreibt: „Im Grunde werfen Adenauers westliche Komplizen ihm nicht vor, in Hitlers Spuren zu wandern, sondern nicht diskret genug dabei zu sein.“

Die Provokation Dr. Adenauers

Von Walter Fisch, M. d. B.

Herr Adenauer nahm die Gelegenheit seines „Staatsbesuches“ in Berlin wahr, um am 18. April eine Rede zu halten, die er zweifellos als grundlegend für seine Außenpolitik in den nächsten Monaten angesehen haben wollte. Man muß sagen, daß diese Rede an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Deutlicher wurde es bisher noch nicht ausgesprochen, wie man sich in Bonn die bedingungslose Eingliederung Westdeutschlands in den westlichen Atlantikpaktblock und in die antisowjetische, imperialistische Front vorstellt. Man würde jedoch Herrn Adenauer zu hoch einschätzen, nähme man an, er habe diese Rede aus freien Stücken gehalten. Es ist bekannt, daß er unmittelbar vor seiner Abreise eine lange Aussprache mit dem USA-Hochkommissar McCloy hatte, die, wie man weiß, sich gründlich mit der Berliner Reise Adenauers befaßte. In aller Welt war daher schon vor Adenauers Rede bekannt, daß das, was er sagen wird, eine deutsche Uebersetzung der amerikanischen Wünsche hinsichtlich der bevorstehenden Londoner Außenministerkonferenz der drei Westmächte bedeutet.

Herr Adenauer beschwerte sich darüber, daß seine Bonner „Bundesrepublik“ in Paris und in London als noch nicht genügend zuverlässig westlich eingeschätzt werde. Er klagte darüber, daß von den Regierungen Englands und Frankreichs noch immer zuviele Bedingungen an die Bonner Regierung gestellt würden, die diese als vollkommen gleichberechtigter Partner in den Straßburger Europarat und in den Atlantikpakt aufgenommen, und ehe dem Bonner Separatstaat die uneingeschränkte Wiederaufrüstung zugestanden werden könne.

Darum gebärdete sich Herr Adenauer im Berliner Titania-Palast wie ein Reisender in Schundartikeln, der seine Waren immer wieder anpreisen muß. In einer geradezu entwürdigenden Art zählte der Bonner Regierungschef alle die Tatsachen auf, die nach seiner Meinung genügend starke Beweise für die Bonner Bereitwilligkeit darstellten, jede, aber auch jede Direktive der westlichen Kolonialherren zu erfüllen.

„Ich frage mich allen Ernstes, meine Damen und Herren“, so sprach Herr Adenauer, „was soll denn Deutschland (gemeint ist der Bonner Separatstaat) noch tun, um die Westalliierten von seiner inneren Einstellung zu überzeugen? Hat nicht Westdeutschland (Fortsetzung auf Seite 2)

Einziges Krupp-Renn-Anlage Deutschlands demontiert

Watenstedt-Salzgitter. Die Demontage in den ehemaligen Reichswerken wird mit beschleunigtem Tempo durchgeführt. Der Abbau des ersten Drehrohrofens aus der Krupp-Renn-Anlage wurde begonnen. Die Demontage wird bei dem jetzigen Tempo in etwa acht Wochen beendet sein. Ein neuer Zusammenbau der Drehrohrofen ist nach der Ansicht von Fachleuten unmöglich. Die Maschinenanlage ist bereits abgebaut. Bisher wurden 77 Waggons mit Demontagegut aus der Renn-Anlage abtransportiert.

Die Werke von Watenstedt-Salzgitter sollen also als Konkurrenzgründen restlos vernichtet werden. Wie aus einem Protesttelegramm der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl in Düsseldorf an die „Hohen Kommissare“ hervorgeht, ist die vernichtete Krupp-Renn-Anlage für die Versorgung der Ruhrhütten besonders wichtig gewesen. Sie war die einzige Renn-Anlage Deutschlands.

Forderungen der Mütter

Bonn (EB). Frauen und Mütter faßten in Gemeinschaft mit der Deutschen Friedensgesellschaft in Witten-Annen eine Entschließung, die sie an sämtliche Bundestagsfraktionen sandten. In derselben heißt es: „Wir Mütter lehnen es entschieden ab, weiterhin Kinder zu gebären für den Krieg.“ Sie fordern von allen demokratischen Kräften, alles zur Erhaltung des Friedens zu tun besonders die Beseitigung der Vertrauensleute des Faschismus, die bereits wieder Schlüsselstellungen in Verwaltung und Wirtschaft bekleiden, eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung.

Warum wir Roggenbrot essen sollen

In den USA werden Millionen über Millionen auf Kosten unseres kolonialen Lebensstandards verdient

Die westdeutsche Separatregierung will, daß die werktätige Bevölkerung mehr Roggenbrot verbrauchen soll. Die Minister sagen zwar nicht: Roggenbrot, weil die Brotpreise steigen und die Werktätigen zu wenig verdienen, um sich das teure und noch teurer werdende Weizenbrot kaufen zu können. Doch ist das der Sinn der „Werbeweise für das Roggenbrot“, die vom 17. bis 21. April durchgeführt werden sollte.

Also gibt diese „soziale“ Handlung der Minister der Millionärs-Regierung den Auftakt für die in den nächsten Wochen durchzuführende Erhöhung der Brot- und Mehlpreise. Nicht nur Weizenbrot, auch Roggenbrot wird teurer werden.

So begegnen die Herren Adenauer, Erhard und Niklas den Forderungen der Hohen Herren, die die Aufhebung der Subventionen, mit denen der Getreidepreis niedrig gehalten wurde, verlangen. Der Lebensstandard in Westdeutschland soll, nach den Wünschen der amerikanischen Imperialisten, so niedrig gehalten werden, wie es einem kolonisierten Volke zukommt.

Der amerikanische Großfarmer jedoch ist durch die Lebensmittellieferungen zu hohen Preisen an Europa Millionär geworden, er braucht auch weiter keine Angst zu haben, den westdeutschen Markt zu verlieren. Dafür sorgt schon der Marshallplan und die durch diesen hervorgerufene Verschuldung und Abhängigkeit Westdeutschlands und

Westeuropas. Dafür sorgen die Adenauer u. Co., die sich am „kalten Krieg“ beteiligen und die Erweiterung des Ost-West-Handels mit allen Mitteln hintertreiben.

Die amerikanische Agrarpolitik stützt die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte. Damit diese Preise nicht sinken, werden dauernd Ueberschüsse vernichtet. Das „Handelsblatt“ vom 7. April 1950 berichtet:

„Die Agrarverwaltung mußte vor wenigen Wochen verkünden, daß die unverwertbaren Kartoffelbestände der Regierung entweder zu einem Cent je hundert lbs (engl. Pfund) als Viehfutter für die Farmer zurückverkauft werden oder gänzlich unverwertbar in den Feldern verfaulen müßten. Die Ueberschüsse anderer Agrarprodukte sind bekannt. Mitte dieses Jahres werden sechs Millionen Ballen Baumwolle, 350 Millionen Bushel Weizen, 600 bis 650 Millionen Bushel Mais, 45 Millionen Bushel Leinsaat, über 2 Milliarden Eier in der Form von Eipulver, riesige Mengen Butter, Sahne usw. in staatlichen Speichern lagern, aufgekauft oder beliehen.“

Das alles geschieht nur, um die Weltmarktpreise hochzuhalten. Die westdeutsche Bevölkerung aber wird gezwungen, die amerikanischen Produkte zu hohen Preisen zu kaufen. Die amerikanische Presse Westdeutschlands stellt diese Tatsache als etwas

Zwangsläufiges hin. Das ist aber nicht der Fall. Auch Westdeutschland könnte, wie es schon die Deutsche Demokratische Republik durch ihren Handel mit der Sowjetunion und der Volksdemokratien macht, darauf verzichten, den amerikanischen Monopolisten ihre Ueberschüsse zu hohen Preisen abzukufen; wobei wesentlich ist, daß die Amerikaner nicht im gleichen Verhältnis westdeutsche Fertigwaren kaufen. Im Jahre 1948 war das Verhältnis der amerikanischen Exporte nach Westeuropa zu den Importen 5,6 Milliarden Dollar zu 1,7 Milliarden und 1949 1,5 Milliarden zu 1,5 Milliarden.

In den letzten Tagen wurde zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik ein Handelsabkommen unterzeichnet, wonach die Sowjetunion an die Deutsche Demokratische Republik Getreide, Fette, Eisen und Buntmetalle, Koks, Baumwolle u. a. Waren, die die Deutsche Demokratische Republik für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaft benötigt, liefern. Die Deutsche Demokratische Republik wird dafür an die Sowjetunion industrielle Ausrüstungen, Maschinen, Zement, Kalksalz, Chemikalien, Kohlenbriketts und andere Waren liefern. Auch Westdeutschland hat die Möglichkeit durch den Handel mit dem Osten und Südosten Arbeit und Brot für jeden Deutschen zu schaffen.

Nur eines ist dabei notwendig. Wir müssen gegen den Willen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfershelfer den Handel und die freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien erzwingen. Damit dienen wir auch der Einheit Deutschlands und dem Frieden. H. H.

Am 1. Mai heraus zur Demonstration!

Wir wollen keinen Arbeitsdienst, wir wollen Lehrstellen für unsere Jugend!

Mehr als eine halbe Million junger Menschen hat zu Ostern 1950 die Schule verlassen. Der erste Eindruck, den das „neue Leben“ den Jungen und Mädchen einprägt, ist die Arbeitslosigkeit. Sie wollen einen Beruf, ein Handwerk erlernen, aber man hat keine Lehrstellen für sie in Westdeutschland, dem Separatstaat der Adenauer-Regierung und der Millionäre. Und dabei bangt die deutsche Industrie um ihren Facharbeiterstamm der ohne Nachwuchs ist. Aber was für das deutsche Volk das Wichtigste wäre, nämlich die Entwicklung einer Friedensindustrie und eines hochqualifizierten Arbeiterstammes, das ist ja nicht das Ziel derer, die in Westdeutschland die Politik bestimmen. Sie betreiben die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion und den europäischen Osten.

Unsere Jugend soll das erste Opfer werden dieser volksfeindlichen Bestrebungen, an deren Ende die völlige Vernichtung unseres deutschen Vaterlandes und des werktätigen deutschen Volkes steht. Darum wird die Friedensindustrie in Westdeutschland nicht entwickelt. Darum gibt

man unseren Jungen und Mädchen keine Lehrstellen, man will sie in den Arbeitsdienst schicken, zur Vorerziehung für die Wehrmacht für das „deutsche Kontingent in einer europäischen Armee“, das Adenauer u. a. stellen sich bereit erklärt hat. Erinnern wir uns: vor 1933 war es der „Stahlhelm“, der zuerst den „freiwilligen“ Arbeitsdienst einführte. Später war der Stahlhelm die SA-Reserve zwei. Daß seine Neugründung wieder bevorsteht, meldete die westdeutsche Presse.

Die Entwicklung ihrer Jugend war immer eine besondere ernste Sorge der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften dürften nie ermahnen in der verantwortungsbewußten Arbeit an ihrer Jugend. Darum ist in der Deutschen Demokratischen Republik gerade die Jugendgesetzgebung so gründlich und so fortschrittlich, daß niemand daran zweifeln kann, daß diese Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik einen guten Weg geführt wird. Dort gibt es auch keine Not bei der Berufswahl. Ganz beson-

ders haben die volkseigenen Betriebe sich Lehrwerkstätten angegliedert, in der unter Anleitung der besten Facharbeiter, die gleichzeitig gute Pädagogen sein müssen, ein neues Geschlecht heranwächst.

Und die Jugend in Westdeutschland hat erkannt, daß auch für sie eine andere Zukunft notwendig und möglich ist, als die des Schützengrabens. Wenn man in der amerikanischen Presse lesen kann, daß der Einfluß der KPD in Westdeutschland, besonders bei der Jugend „beunruhigend“ wächst, dann ist das nur eine Bestätigung dafür, daß auch unsere westdeutsche Jugend keinen Arbeitsdienst und keine Remilitarisierung will, sondern bereit ist für ein friedliches Leben und für die Möglichkeit friedlicher Arbeit zu kämpfen.

Alle Werktätigen aber unterstützen die deutsche Jugend in diesem Kampf. Darum demonstrieren sie am 1. Mai auch unter dieser Parole:

„Wir wollen keinen Arbeitsdienst, wir wollen Lehrstellen für unsere Jugend!“

Im Streifenlicht gesehen

22-jähriger wurde Erster Bürgermeister von Leipzig

Leipzig. (dpa.) Der 22-jährige Manfred Gerlach — erster Vorsitzender des zentralen LDP-Jugendrates — wurde auf Vorschlag der SED mit Mehrheit von den Leipziger Stadtverordneten zum Ersten Bürgermeister und zum Dezernenten des Amtes für Handel und Versorgung gewählt.

„Es dürfte das erste Mal in einer Großstadt wie Leipzig sein, daß ein 22-jähriger zum Ersten Bürgermeister gewählt wurde“, schreibt die Zeitung der LDP der DDR „Der Morgen“. Der Vorschlag der SED-Fraktion sei nicht nur ein persönlicher Vertrauensbeweis für den jungen LDP-Bürgermeister, sondern zugleich ein Beitrag zur Verwirklichung des Jugendgesetzes.

Nur zwei Jahre Gefängnis für Veit Harlan beantragt

Hamburg. (dpa.) Zwei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 105 000 Mark beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Gerhard Kramer im Prozeß gegen den Filmregisseur Veit Harlan. Nach Ansicht Kramers entspricht diese Summe dem Honorar, das der Angeklagte für die Umarbeitung des Drehbuches und die Regie des Films „Jud Süß“ erhalten hat. Bei der Gefängnisstrafe forderte der Staatsanwalt ersatzweise 1000 Mark für je einen Tag Gefängnis. Er beantragte, Harlan wegen der Höhe der beantragten Strafe in Haft zu nehmen.

Vom Eiffelturm gestürzt

Paris. Einige Pariser, die am Mittwoch am Eiffelturm vorübergingen, beobachteten zu ihrem Entsetzen, wie ein Mann vom zweiten Stock des Eiffelturms in die Tiefe stürzte. Die Leiche blieb schließlich zwischen den Metallstreben oberhalb des ersten Stockes hängen, wo sie erst nach meh-

renen Stunden geborgen — werden konnte. Anscheinend handelt es sich um einen Selbstmörder. (Nach apf.)

50 000 Granaten versteckt

Hamburg. In einem Hamburger Kanal wurden 50 000 Granaten gefunden, von denen viele noch scharf sind. Es ist in der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt, wer die Granaten versteckt hat und zu welchem Zweck sie dort untergebracht wurden.

„Sohn des Himmels“ in Gefangenschaft

Tokio. Der letzte „Sohn des Himmels“, der ehemalige chinesische Kaiser Kangteh, befindet sich in einem Gefangenenlager in der Nähe der Stadt Chaberowsk. Während des Ueberfalls der japanischen Imperialisten auf China wurde er von den Japanern als Marionettenkaiser ihres Protektors Mandschuko eingesetzt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Koblenz

Koblenz. (dpa.) Auf der Horchheimer Rheinbrücke bei Koblenz ereignete sich am Donnerstag kurz nach drei Uhr früh ein schweres Zugunglück, das drei Todesopfer forderte.

Der aus Richtung Ehrenbreitstein kommende Großraum-Güterzug, der sich mit einer Koksladung auf der Fahrt nach Luxemburg befand, überfuhr kurz vor der Brücke ein Halssignal und kam dadurch auf ein totes Gleis. Die Lokomotive entgleiste, und die nachfolgenden Waggons schoben sich zum Teil ineinander. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Heizer und die übrigen zwei Mann Zugspersonal konnten nur noch tot aus den Trümmern geborgen werden.

(Fortsetzung von Seite 1) land schon diese Entscheidung (der ausschließlichen Westorientierung, W. F.) getroffen mit der Schaffung des Bonner Grundgesetzes?

Gewiß, es ist kaum vorstellbar, was Herr Adenauer noch mehr hätte tun können, um den Westmächten seine Gefügigkeit und Unterwerfungsbereitschaft zu zeigen, und es ist immerhin gut, daß Herr Adenauer das sogenannte Bonner Grundgesetz selbst als Beweis hierfür anführt.

Der Bundeskanzler verwies besonders auf den Artikel 24 des Bonner Grundgesetzes, in dem sich der westdeutsche Staat zur Bereitstellung von Truppenkontingenten unter fremden Oberbefehl, unter Verzicht auf seine eigenen Hoheitsrechte bekennt. Das Leben der deutschen Jugend, die nationale Würde unseres Volkes als Faustpfand des Verzichts auf Deutschlands Einheit und Selbständigkeit, als Faustpfand in den Händen der westlichen Imperialisten! Herr Adenauer war schließlich geschmacklos genug, auch seine Unterzeichnung des Petersberger Abkommens vom 22. 11. 1949 als einen weiteren Beweis für die „sehr klare Entscheidung für die Einordnung in den Westen“ offen einzugestehen. Nun weiß es die Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die die Auslieferung der wertvollsten deutschen Wirtschaftsgüter an das Organ der ausländischen Großkonzerne, die Ruhrbehörde, miterlebte; nun weiß es die Bevölkerung von Weststadt-Salzgitter, der man den Arbeitsplatz demontierte; nun weiß es die Bevölkerung der norddeutschen Hafen- und Werftstädte, die die rücksichtslose Drosselung des deutschen Schiffsbaues und die Zerstörung des Seehandels beklagt; Herr Adenauer, der diese Maßnahmen auf dem Petersberg unterschrieben hat, brüstet sich noch mit seinen Handlungen. Er brüstet sich darum, weil er mit ihnen seine Aufnahmeprüfung in den Kriegsblock der Westmächte bestanden zu haben glaubt.

Das Bild wird nur abgerundet durch den marktschreierischen Hinweis auf die „nur“ 15 kommunistischen Abgeordneten im Bundestag, womit Herr Adenauer glaubt, seine Salonfähigkeit in den Reihen der Atlantikpakt-Mächte belegen zu können.

Mag Herr Adenauer die Wünsche des Mr. McCloy, die auf eine schnelle und möglichst reibungslose Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantik-Paktblock hinzielen, auch getreulich wiedergeben haben: Die Wünsche und Forderungen des deutschen Volkes hat er bei dieser Berliner Rede ebenso verleugnet, wie er bei der Anerkennung des Ruhrstatuts und bei der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens bereit war, die nationalen Interessen des deutschen Volkes preiszugeben. Kein Wort fand er gegen die blutige Konkurrenz-Demontage, kein Wort gegen die Behinderung der deutschen Wirtschaft, des innerdeutschen — und des Außenhandels, kein Wort gegen die erdrückenden Milliardenlasten der Besatzungskosten, kein Wort gegen die unwürdigen täglich sich wiederholenden Eingriffe der hohen Kommissare in die Versuche einer westdeutschen „Gesetzgebung“. Nichts von alledem! Statt dessen eine ordinäre Hetze gegen die Sowjetunion und die großsprecherische Ankündigung, Bonn werde demnächst die Deutsche Demokratische Republik „befreien“ und ihr die Segnungen des „goldenen Westens“ überbringen.

Herr Adenauer leistete sich Exkurse in die deutsche Geschichte. Er erhob den Erzkönig und Hauptling der „Heiligen Allianz“ von 1815, den Fürsten Metternich, zum Vorbild einer „klugen, weisen und Kühnen“ europäischen Politik. Wir verstehen den Ehrgeiz des Herrn Adenauer, den Ruhm eines Metternich sich eines Tages um das eigne Haupt winden zu können. Viel zweckmäßiger und viel realistischer aber für Herrn Adenauer wäre, er würde sich mit geschichtlichen Beispielen jüngerer Datums befassen: Ein gewisser Tschiangkai-Schek glaubte auch einmal, er könne auf die unbegrenzte „Hilfsbereitschaft“ der amerikanischen Imperialisten bauen und gab darum die Interessen seines eigenen Volkes preis. Herr Adenauer sollte studieren, was aus Tschiangkai-Schek geworden ist, er würde besser die künftige Linie seines eigenen Schicksals voraussuchen!

Sie sagen „Freie Wahlen“ und meinen - den Krieg

„Economist“ verrät das Ziel: Die demokratischen Kräfte Deutschlands sollen vor dem Imperialismus kapitulieren

Der wahre Inhalt der McCloy'schen Parole „Freie Wahlen in ganz Deutschland“, ohne zuvor einen Friedensvertrag abzuschließen, das Ruhr- und Besatzungsstatut aufzuheben und alle Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen, wurde von dem einflussreichen Blatt des britischen Finanzkapitals, dem „Economist“ offenbart. In einem Artikel vom 8. 4. 50 zeigt das Blatt mit dankenswerter Offenheit auf, was hinter dieser Parole steckt: „Die Bedingungen, die die Westmächte als Voraussetzung zur Herstellung der deutschen Einheit aufstellen müssen, bedeuten tatsächlich das Verschwinden der Volksrepublik.“

Es ist also die bedingungslose Kapitulation der Demokratie in Deutschland, die Rückgabe der volkseigenen Betriebe an die Kriegsverbrecher und des Bauernlandes an die Großgrundbesitzer, die Rückkehr der reaktionären Richter in ihre Ämter und die Freiheit der Kriegshetze in ganz Deutschland von der die amerikanischen Monopolisten und ihre in- und ausländischen Hilfskräfte träumen. Um die bedingungslose Kapitulation aber fördern zu können, muß man seines Sieges sicher sein. Wie ist es damit bestellt? Auch hierüber gibt uns der „Economist“ Auskunft:

„Dieser Vorteil (gemeint ist der angebliche Vorteil des Westens, daß bei Wahlen ein dem Westen angenehmes Ergebnis herauskäme, SID) ist jedoch einer, den die Alliierten schon weit verspätet haben. Die sich dahinschleppenden Ueberbleibsel der alliierten Kontrolle, die schweren Belastungen durch Demontagen, die nur halben Einladungen, dem Europarat beizutreten, tragen noch weiter dazu bei, den Hauptziehungspunkt des

Westens zu schwächen, nämlich, daß er Deutschland Freiheit und Gleichberechtigung unter den Völkern geben könne.“

Die Position der Imperialisten in Deutschland ist also keineswegs so, daß sie eine bedingungslose Kapitulation der Deutschen Demokratischen Republik fordern können. Im Gegenteil, die Deutsche Demokratische Republik wird von Tag zu Tag stärker, während die Position der westlichen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger täglich schwächer wird. Dies sieht der „Economist“ bereits deutlich voraus und befürchtet, daß die Briten und Amerikaner... nicht ganz sicher gehen können, ob sie den Tadel hierfür (für die Spaltung Deutschlands, SID) entgegen können.“

Da die westlichen Imperialisten dem sowjetischen Angebot auf Abschluß eines Friedensvertrages und Rückzug aller Besatzungstruppen „nicht nachsehen“ können, bekommt das einflussreiche britische Blatt Furcht vor der kommenden Entwicklung. Es kleidet sie in Worte, die die größte Beachtung verdienen:

„Diese Tatsachen haben einige westliche Beobachter so sehr entmutigt, daß auf beiden Seiten des Atlantiks oft der Gedanke ausgesprochen wird, daß die Alliierten an einem sehr gefährlichen toten Punkt in ihrer Deutschlandpolitik angelangt sind, in einer Sackgasse, aus der es nur noch den Krieg als Ausweg gibt.“

Weil also die westliche Position in Deutschland bereits so schwach geworden ist, daß mit einer Kapitulation der Deutschen Demokratischen Republik — von einer bedingungslosen ganz abgesehen — beileibe nicht ge-

rechnet werden kann und weil auch in Westdeutschland der Gedanke der Nationalen Front als dem entscheidenden Mittel zur Ueberwindung von Arbeitslosigkeit, Krise und Kriegsgefahr auf dem Vormarsch ist, deshalb raten „einige westliche Beobachter“ bereits zum Krieg. Diese Warnung muß alle Friedenskämpfer in Deutschland zur größten Wachsamkeit mahnen. Sie verpflichtet uns, den Kampf für die Herstellung der nationalen Einheit und die Sicherung des Friedens zu verstärken und die Worte zu beherzigen, die Stalin am 13. Oktober 1949 anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aussprach:

„Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht. Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

F. U.

Storch muß dämpfen

Bonn. Das vielgepriesene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bonner Protektorkratsverwaltung und das Aufschneiden mit Millionen- und Milliardenbeträgen hat in manchen Industriezweigen Hoffnungen entstehen lassen, die jeder realen Grundlage entbehren. Das Ministerium Storch steht sich veranlaßt, diesen Hoffnungen einen gewaltigen Dämpfer aufzusetzen. In einer Antwort auf die Anfrage des Adenauer-Busenfreundes, Dr. Würmeling, über die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf die Entwicklung der Natursteinindustrie wird auf eine frühere Auskunft des Verkehrsministers hingewiesen, daß es nicht mehr möglich sein wird, die Werke der Schotterindustrie so mit Aufträgen zu versehen, daß sie einigermaßen voll beschäftigt würden. Die Aufträge an die einzelnen Werke würden nicht mehr zentral vergeben, sondern über die einzelnen Eisenbahndirektionen. Vermutlich kennen diese die „politische Zuverlässigkeit“ der Werksleitungen besser. Die Firmen in den Grenzgebieten könnten schon wegen ihrer schlechten Frachtlage bei den laufenden jährlichen Gleisverbesserungen nicht so stark mit Aufträgen berücksichtigt werden, wie dies zur Behebung der Notlage dieser Gebiete notwendig sei.

Das läßt allerlei erwarten

Bonn. Ausgerechnet von Direktor Dinkelbach ließ sich der Bundestags-Ausschuß für Arbeit Instruktionen über die Verteilung der Funktionen in den Aufsichtsräten und Direktionen der „entflochtenen“ Betriebe geben und über die Art, wie dort das Mitbestimmungsrecht praktiziert werde. Auch über die Beteiligung der Betriebsräte an der Mitbestimmung informierte als der berufene Fachmann der frühere Direktor der Vereinigten Stahlwerke die wüßbegierigen Bundestagsabgeordneten. Vor einiger Zeit hatte derselbe Ausschuß sich mit den klerofaschistischen Methoden zur Benetzung der Arbeiter in der Kupferhütte Duisburg bekannt gemacht. Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte, daß die Erfahrung aus den bisherigen Anwendungsversuchen zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts bei der gesetzlichen Regelung berücksichtigt werden sollen. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten dem Bundestags-Ausschuß einmal plausibel machen, was sie von dem Mitbestimmungsrecht erwarten.

China senkt Lebensmittelpreise bis 40 Prozent

Zusammenbruch der Hungersnotlüge — Riesendamm am Yi-Fluß

Peking. (EB) Die Preise für die Hauptnahrungsmittel Reis, Hirse, Mehl und Zuckerröhre konnten in zahlreichen Städten der Volksrepublik China bis zu 40 Prozent gesenkt werden. In Schanghai verkaufte die staatlichen Läden den mandschurischen Reis um 5 Prozent billiger als auf dem freien Markt. In Hankau wurde der Reispreis um 25 Prozent herabgesetzt. In Siang die Weizenpreise um 40 Prozent.

Diese Erfolge sind auf die kürzlich von der zentralen Volksregierung beschlossenen Maßnahmen zurückzuführen, die die Zentralisation der Getreideversorgung zum Ziele haben. Sie sind die Antwort des chinesischen Volkes auf die Lügenmeldungen der westwärts orientierten Presse von einer angeblichen Hungersnot. Diese Hetzkampagne hat ihren Ursprung in den amerikanischen Getreidebörsen, die auf Millionen Tonnen nicht abzusetzenden Weizensitzen und ihrem verlorenen Markt in China nachtrauern. Das neue China ist auf dem besten Wege, sich mit Hilfe der Sowjetunion von den Nöten eines 30jährigen Krieges gegen seine kolonialen Unterdrücker und deren Helfer nicht nur zu erholen, sondern einen Lebensstandard zu erkämpfen, der ohne Beispiel im außersowjetischen Asien ist.

250 000 bauen einen Damm

Peking. (EB) Mehr als eine Viertel Million Bauern, die an dem Yi-Fluß arbeiten, haben ein Drittel ihres Arbeitssolls für dieses Jahr erfüllt. Wenn dieser Bauabschnitt fertiggestellt ist, wird Nord-Kiangsu, ein 400 000 Hektar großes Ueberschwemmungsgebiet, vor Ueberflutung geschützt sein. Die Volksregierung sorgt auch für die 500 000 Familienangehörigen der Bauern; die an den Deichen arbeiten.

Kanton. (EB) Die Volksregierung von Kwantung hat große Beträge für die Wiederherstellung der Dämme am Han-Fluß ausgesetzt.

Endlich wird es zugegeben

Hongkong. Militärische Beobachter in Hongkong äußern die Auffassung, daß es für die Truppen Tschiangkai-Scheks auf der Insel Hainan kritisch geworden ist. Damit wird

zum erstenmale zugegeben, daß die Landungen der Truppen der Volksdemokratie Chinas erfolgreich gewesen ist.

Warum keine Konsequenz?

USA anerkennen Regierung, die nur nominell „Unabhängigkeit“ besitzt

Das glauben Sie nicht. Vielleicht denken Sie sogar, das ist wieder einmal so etwas, was die Kommunisten sagen, um für sich Propaganda zu machen. Sie irren sich. Schwarz auf weiß steht es am 15. April 1950 in einem Leitartikel der „New York Herald Tribune“, einem Blatt der Wallstreet: „Der vietnamesischen Regierung Bao Dai, die wir anerkennen, wurde innerhalb der französischen Union nominelle „Unabhängigkeit“ gewährt. Diese Zusage ist aber so sehr durch Beschränkungen und Kontrollen umschrieben, daß die Bevölkerung Vietnams ihr gegenüber apathisch, ja sogar feindlich, gegenübersteht.“

Wenn diese Feststellung den Tatsachen entspricht, — und hieran sollte kein Zweifel bestehen — dann muß man an die Machthaber in den USA die Frage richten, warum sie eine Regierung anerkennen, von der sie selbst eingestehen, daß sie nur nominell, d. h., nur auf dem Papier, Unabhängigkeit besitzt.

Warum, ihr Herren Amerikaner, zieht ihr nicht die Konsequenzen aus einer so klaren Feststellung?

Warum stützt ihr weiterhin Marionetten, wie Bao Dai und Tschiangkai-Schek und verleugnet Regierungen, die sich auf die wirklichen Volkskräfte stützen, wie die der Volksrepubliken von China und Indochina und auch die der Deutschen Demokratischen Republik?

Giftgas - eine westliche Waffe

Barbarische Kriegsvorbereitungen der Angloamerikaner

London. (EB) Wie der wissenschaftliche Mitarbeiter des Londoner „Daily Express“ zu melden weiß, wurden die Agenten des britischen Geheimdienstes und die Beamten des amerikanischen FBI, die in enger Zusammenarbeit stehen, mit der Ueberwachung der britischen Zentren beauftragt, die mit Forschungen und Versuchen über Giftgase befaßt sind.

Die anglo-amerikanischen Militärs, so schreibt der wissenschaftliche Mitarbeiter des „Daily Express“, hüten sorgfältig das Geheimnis ihrer Giftgasforschungen. Sie sind überzeugt, daß die von den Nazis erfundenen tödlichen Gase, die im zweiten Weltkrieg niemals angewandt wurden, nach der

Atombombe die beste Waffe darstellen. Der „Daily Express“ berichtet ferner, daß die amerikanische Regierung große Kredite für die Giftgasforschungen zur Verfügung gestellt hat. Im Arsenal von Eggewood und im Lager Detrick im Staate Maryland sind umfassende Laboratorien errichtet worden, die sich mit Forschungen und Experimenten über Vernichtungsangriffe durch Giftgas beschäftigen. Die Amerikaner hätten ein Giftgas entwickelt, das tausendmal stärker als Senfgas sein soll.

„Friedensstaube mit der Atombombe“

Moskau. Die sowjetische Literaturzeitung schreibt zu dem Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Bidault, einen „atlantischen Friedensrat“ zu bilden: „Bidaults Friedensstaube hält keinen Oelzweig, sondern eine Atombombe im Schnabel. Bidault habe sich die Aufgabe gestellt, die düstere Fassade des atlantischen Angriffsblocks mit idyllischen und friedlichen Farben zu bemalen.“

Auf dem Weg nach Peking

Kalkutta. Eine achtköpfige tibetische Delegation ist auf dem Wege nach Peking in Kalkutta eingetroffen. Die Pekinger Regierung ist auf dem Funkwege über ihre Ankunft unterrichtet worden.

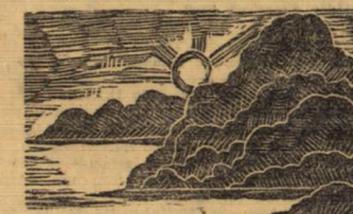
Frauen im Kampf um den Frieden

Berlin. (EB) In der Hauptstadt Deutschlands, in Berlin, treffen sich über 2000 Delegierte und Gäste aus ganz Deutschland und aus dem Ausland, die am 3. Bundeskongress des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands vom 21. bis 24. April 1950 in der Staatsoper teilnehmen.

Auf dem 2. Bundeskongress 1948 stand im Mittelpunkt die Aufnahme des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) in der Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF). Auf dem 3. Kongress wird der Rechenschaftsbericht vom jüngsten Erfolg, von der Gründung des DFD in Westdeutschland, stehen. Die Frauen aus Westdeutschland, die als Delegierte auf dem Kongress anwesend sein werden, vertreten zehntausende westdeutscher Frauen, die sich in Berlin, mit den Frauen aus der

Deutschen Demokratischen Republik treffen. Sie alle vereint der große Friedenskampf, und sie werden nicht ruhen, bis durch den Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unser Vaterland ein geeintes, freies und glückliches Land und ein Hort des Friedens geworden ist.

Ueber 70 Prozent der Mitglieder des DFD sind parteilos. Aber alle diese Frauen, ganz gleich welcher politischer und religiöser Anschauung sie auch sind, aus welchen Berufen, Städten und Dörfern sie auch kommen, werden sich an der Diskussion beteiligen. Sie werden im Namen von Millionen Frauen und Müttern das einmütige Bekenntnis ablegen, unermüdet für den Frieden zu arbeiten und gemeinsam gegen die Kriegstreiber zu kämpfen.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

6. Fortsetzung

Auf der Flucht vor den Gesetzen der Weißen setzte Charlie Thomson über die Beringsee und landete auf der unbekanntesten Tschuktschenhalbinsel. Er hatte gehört, daß es dort ebensoviel Gold gab wie in Alaska.

Als Charles Thomson zum erstenmal seinen Fuß auf dieses Land setzte, bestand sein ganzes Vermögen aus einer Hacke und einigen Geräten, die der Goldsucher unbedingt benötigt. Charles Thomson wußte genau, daß Gold ihm die Möglichkeit gab, gegen jedes Gesetz zu kämpfen, das gegen ihn gerichtet war.

Nachdem er sich in der Siedlung Loren niedergelassen hatte, machte Mr. Thomson sehr bald eine wichtige Entdeckung, die sein gesamtes späteres Leben von Grund auf änderte.

In Alaska hatte er die verschiedensten Menschen getroffen. Viel hatte er vom Gold der Tschuktschenhalbinsel gehört, aber nie

war die Rede gewesen von ihrem Pelzreichtum. Als er hier ankam, erkannte er, daß man auch auf andere Weise Gold gewinnen konnte.

Als einzelner Mann in der öden, kalten Tundra zu graben und Erz zu waschen, war sehr schwer. Und das Leben des einsamen Goldsuchers ist dazu noch ein ständiges Risiko. Morgen konnte man steinreich sein oder vor Hunger eingehen wie ein Tier.

Und als Charles Thomson sah, wie die Schmuggler Pelze aufkauften schlug ihn diese edle Beschäftigung ganz in ihren Bann. Er sah mit eigenen Augen, wie das Gold in Gestalt von teuren Pelzen in die Hände der Schmuggler floß. An den Vorteilen dieses Geschäfts konnten keine Zweifel aufkommen.

Die Schmuggler schlugen ihm vor, als ihr Agent zu arbeiten. Ohne einen Cent, auf Grund einer einfachen Vereinbarung überließen sie ihm ein billiges Sortiment von Waren für die Eingeborenen.

Mr. Thomson nahm sich bald eine Tschuktschenfrau und führte ein seßhaftes Händlerdasein in der Siedlung Loren.

Im nächsten Sommer blieb der Schmuggler aus. Gerüchte kamen auf, daß er auf ein Riff aufgelaufen und untergegangen sei. Auch die Getreuen, die einen mündlichen Vertrag mit Mr. Thomson abgeschlossen hatten, seien ertrunken.

Von diesem Glückstage an wurde Mr. Thomson Besitzer eines eigenen Kontos an der Doxter Hotton Nationalbank in Washington. Seine erste bedeutende Einzahlung die ihm der Verkauf von Pelzen ermöglichte blieb sein Leben lang in seiner Erinnerung.

Seither ist viel Zeit vergangen, und die Hacke, mit der er auf der Tschuktschenhalbinsel gelandet war, liegt jetzt auf einem Regal seines Ladens als Talisman, der Mr. Thomson in ein so gesegnetes Land geführt hat.

Charles Thomson war schon reich genug, und als anständiger Mensch, für den er sich hielt, machte er nicht mit Schmugglern, sondern mit einer wirklichen unbescholtenen Handelsfirma seine Geschäfte.

Jeden Sommer kam ein Schoner mit Waren aus Amerika zu ihm. Mehrere Tage hintereinander schlepten die Jäger, ohne den Rücken geradezubiegen, die verschiedensten Lasten an Land. Die Ballen lagen lange unbewacht am Ufer, und nie war Mr. Thomson auch nur ein Päckchen Tee, ein Würfelchen Zucker oder ein Täfelchen Tabak verschwunden. Hier, an diesen Ufern lebte ein außergewöhnlich ehrliches Volk. Obwohl die Warenauswahl sehr groß war, fiel es keinem ein, Charlie zu bestehlen. Und wenn der Schoner weg war, wurden die Ballen nicht in die Speicher gebracht, weil sie hinter Schloß und Riegel gelegt werden mußten, sondern um sie vor Regen, Schnee oder Wind zu schützen.

Jeden Sommer händigte der Kapitän des Schoners an Charlie die Benachrichtigung aus, daß auf sein laufendes Konto für die Pelze vom Vorjahr zehn- bis fünfzehntausend Dollar eingezahlt worden waren. In den langen Winternächten, wenn der Schneesturm heulte, blätterte Mr. Thomson mit Hochgenuß in den Bankpapieren.

Wenn er sich daran satt gesehen hatte, legte er sie bis zum nächsten Male behutsam in das Kästchen mit den Wertsachen. Die Einlage war so hoch, daß er allein von den Zinsen weiterleben konnte. Vor zwanzig Jahren hatte er von so einem Bankkonto nicht einmal zu träumen gewagt. Mr. Thomson dachte schon daran, dieses Land zu verlassen. Aber die Gewöhnung an das Leben hierzulande und der Wunsch, noch weitere zehn- oder fünfzehntausend Dollar zu verdienen, ließen ihn seine Reise von Jahr zu Jahr hinausschieben.

Nein, wirklich, weshalb sollte er von hier fort? In diesem Lande, dachte Mr. Thomson, habe ich als Vertreter der zivilisierten Welt die Stellung eines Gouverneurs in einer Kolonie. Nach Amerika zurück? Nach Norwegen? Wozu? Um sich in dem Strom von Millionen nicht besonders glücklicher Menschen zu verlieren? Nein! Ich bleibe noch ein Jahr.

VII

Der Laden Mr. Thomsons war primitiv, so wie alles an dieser Küste: die Wände aus zerkerbtem Weiblich, die Regale aus ungehobelten Brettern, die als Zwischenschicht bei der Befrachtung der Schiffsräume gedient hatten. Die gleichen Bretter, über zwei große Fässer gelegt, bildeten den Ladentisch.

Mr. Thomson war ein sparsamer Mann. Er wollte seine Dollars nicht vergeuden. Früher oder später würde er das alles doch verlassen. Seine Geschäfte im fremden Land waren vorübergehend.

Auf den Regalen lagen Tabak, roter Kattun, Perlen, Patronen, Kämme, Fingerhüte und Nadeln. An der Wand hingen als Muster drei Winchestergewehre, verschiedener Kaliber, 25 x 20, 30 x 30 und 30 x 44. Diese drei Kaliber von der amerikanischen Firma Winchester waren unter den hiesigen Jägern am meisten gefragt.

Mr. Thomson saß selbst hinter dem Ladentisch. Er war ein beleibter Mann von etwa fünfundfünfzig Jahren mit einem quadratischen Gesicht. Unter den Augen und dem schweren Doppelkinn hingen tiefe Falten. Aus dem sauber rasierten, bleichen Gesicht ragte eine dicke, rotgefleckte Nase von ungewöhnlicher Größe. Dem Aussehen nach war Mr. Thomson ein gutmütiger, ruhiger Mensch.

Die Pelzohse und das warme, karierte Hemd, das aus der offenen Fellwindjacke herausah, verliehen ihm ein besonders schwerfälliges Aussehen.

Mr. Thomson schaute die Jäger, die sich in großer Zahl vor dem Ladentisch drängten, freundlich an und sagte:

„Oh, very good! Heute ist ein großer Tauschtag!“

Die Jäger schoben Aje vor. Alle waren sehr besorgt um Mr. Thomsons Stimmung. Wie würde Charlie Rotnase heute kaufen?

Der Jäger Aje überreichte ihm gelassen und würdevoll den Silberfuchs.

Mr. Thomson stand rasch auf und griff nach dem Fell. Ein zufriedenes Lächeln huschte über das Gesicht der Jäger.

Durch die Gläser seiner Hornbrille besah Mr. Thomson sorgfältig das Fuchsfell. Er zog es in seiner ganzen Länge auseinander und blies darauf. Tom Schweif bis zu den Ohren stieg eine weiche, silberne Welle auf. Mr. Thomson bewunderte das Fell. Seine Augen blitzten. Das Fuchsfell war erstklassig.

Die Jäger hielten den Atem an. Nicht vergeben hatten sie Aje vorgeschoben, um den Handel einzuleiten. Beim Anblick eines solchen Pelzes wird jedes Herz weich.

Unterdessen sah Aje, der sich als großer Jäger fühlte, würdevoll und anscheinend gleichgültig auf Charlie, dessen Hände den Silberfuchs hin und her drehten. Oh, das war für Aje ein ungewöhnlicher Tag! Einen solchen Fuchs hatte er zum ersten Male im Leben erlegt.

Mit großer Spannung warteten die Jäger darauf, was Charlie Rotnase sagen würde. Sie brannten vor Neugier. Viele der Jäger hatten noch nie ein solches Tier gefangen. Nicht nur Aje, auch alle übrigen Jäger waren stolz auf den Silberfuchs.

Was würde Charlie Rotnase dafür geben? Mit betonter Nachlässigkeit warf Mr. Thomson den Silberfuchs auf einen Haufen Felle. „Ein guter Fuchs!“ sagte er.

Mr. Thomson belastete den Kopf des Jägers nicht lange mit überflüssigem Nachdenken. Er wußte genau, was ein jeder von ihnen nötig hatte, und stellte gemächlich einen emaillierten Teekessel, ein Messer für die Lederverarbeitung, ein Dutzend Tabakplatten, fünf Platten Tee und vier Yard (Englische Elle) Kattun auf den Tisch.

Die Jäger näherten sich, einander anstoßend, dem Ladentisch, um diesen Reichtum zu betrachten. Am erstaunlichsten war aber das gleichgültige Schweigen Ajes. Es versetzte auch Mr. Thomson in Verwunderung. Charlie stand befremdet da und dachte: Er ist unzufrieden! Was braucht denn dieser Wilde noch in seinem Haushalt? Und Mr. Thomson holte noch Perlen, eine Felle, einen Fingerhut und einen Kamm hervor.

„Europa“ erregt Anstoß

Daran hatten gewiß die Bundes-Banknotenverfertiger nicht gedacht, daß ihre neuen Fünfmarscheine sittlichen Anstoß erregen würden. Warum mußten sie aber auch das neue Protektoratsgeld ausgerechnet mit der nackten Europa zieren, deren Anblick in fromme Gemüter Zwiespalt und Zweifel trägt und sie um ihr Seelenheil bangen läßt?

Ein armes altes Mütterchen wollte der Kirche das staatsbürgerliche Scherflein spenden, das da Kirchensteuer heißt, bat aber vorher verschämt darum, daß man ihr diese Fünfmarscheine umtauschen möge, da sonst Se. Hochwürden Aergernis daran nehmen könne. Das Mütterchen konnte nicht wissen, daß die Kirche auch solches Gut verdauen kann, um an das bekannte Wort von Goethe zu erinnern, und daß die Kirche auch eine nackte Europa kassiert. Denn die Diener Gottes können nicht von der Luft allein leben, der himmlische Vater nähert sie nicht, wie die Vögelin unter dem Himmel, und sie warten wie andere gewöhnliche Sterbliche begreiflicherweise mit Sehnsucht gegen Monatsende auf die Gehaltstüte. Man schelte nicht das alte Mütterchen, sie tat, wie ihr das anezogene Gewissen befahl, und vermeinte es in ihrem harmlosen Sinn gut zu machen.

Auch die Bewohner des rheinischen Dorfes, die in ihrem Eifer so weit gingen, der Europa einen Büstenhalter umzuhängen, taten nur das, was so viele beamtete Sittenapostel in Westdeutschland aus christlich-demokratischer Regung so gern auf dem Gebiet der Kunst tun: der Nacktheit ein amtliches Feigenblatt umzuhängen. Die Bundesregierung wird gut tun, die anstößigen Scheine einzuziehen und neue Scheine, vielleicht mit dem Bilde eines Märtyrers oder dem Porträt des Vaters der Christenheit geziert, auszugeben.

4 Jahre Zuchthaus für Hochstapler Glos

Ehemaliger Nazi und SS-Mann als „politisch-flüchtling.“ Westdeutsche Behörden öffnen Betrüger Tür und Tor

Der Hochstapler und falsche Arzt Rudolf Glos, alias Dr. Rudolf von Bach, Erfinder des „Wunder-Tbc-Heilmittels T-35“, wurde am 17. April 1950 von der Großen Strafkammer des Landgerichtes Stuttgart wegen fünfjährigem schwerem Betrug, Urkundenfälschung, Diebstahl, falscher eidesstattlicher Versicherung und unbefugter Führung eines akademischen Grades zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Grosbetrüger Glos, der ebenso wie viele Verbrecher und Abenteurer aus der Deutschen Demokratischen Republik in den „goldenen Westen“ kam, um dunkle Geschäfte zu machen, ist nur einer von vielen. Doch bemerkenswert an diesem Fall ist die Tatsache, daß es deutsche Behörden in Westdeutschland waren, die in ihrem politischen Haß gegen den Osten Deutschlands die Rolle des Gauners Glos erst ermöglichen. Vor Gericht wurde dokumentarisch enthüllt, wie dem ehemaligen Naziparteimitglied und SS-Mann als „politisch-flüchtling“ aus dem Osten für seine Gaunereien alle Türen offenstanden.

Seine zweifelhaften Zeugnis- und Prüfungsnachweise konnten bei unseren Verwaltungsbehörden immer gut passieren. Auf seine Angabe hin, er sei politischer Flüchtling, erhielt er einmal eine Anstellung als Arzt bei einer Landesversicherungsanstalt. Dabei hat er verschwiegen, daß er von 1938 bis 1942 der NSDAP angehört hatte. Vom Amt Opfer des Faschismus in Halle entlarvt, wandte er sich als verfolgter Flüchtling in die britische

Mit den Gewerkschaften für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen

Nur gewerkschaftlicher Zusammenschluß verhindert Ausbeutung

Die noch zu oft in Erscheinung tretenden patriarchalen Verhältnisse im Handwerk verhindern, daß das gewerkschaftliche Interesse unter der Arbeiterschaft so stark in Erscheinung tritt, wie in anderen Berufszweigen. Viele Handwerker des Baubereiches sind noch immer der illusorischen Ansicht unterworfen, bessere Arbeiter zu sein und ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß habe für sie keine Bedeutung. Für ihren Standpunkt müssen manche Ausreden erhalten. Jene Schwächlinge des Arbeiterstandes üben Kritik an der Gewerkschaftsbewegung mit dem Satz: „Was tun denn die Gewerkschaften? Nichts!“ Das hält aber jene Sorten von Menschen nicht ab, die Vorteile der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge für sich in Anspruch zu nehmen.

Die heutigen traurigen Verhältnisse der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des metallverarbeitenden Baubereiches sind das Spiegelbild, das sich uns aus dem interesselosen unverantwortlichen Verhalten vieler Spengler und Installateure widerspiegelt. Am laufenden Band werden von den Unternehmern die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen umgangen. Unterartliche Entlohnung, Nichtbezahlung der Procente bei Überzeitarbeit, Nichtgewährung der Auslösungs- und Fahrgelder, unerhörtes Antreiben zur Leistungssteigerung und dazu noch willkürliche Entlassungen sind an der Tagesordnung und kennzeichnen bestens die „demokratische“ und „soziale“ Gesinnung, die in gewissen Unternehmerkreisen vorherrschen.

Kollegen! Wollt Ihr durch Eure Gleichgültigkeit die Existenz Eurer Familien zusehends noch weiter ruinieren und an dem Zerfall unseres Handwerks mitschuldig sein?

Warum macht Ihr von Euren Rechten, die Gewerkschaftler für Euch als Mindestforderungen erkämpft haben und unterschrieben von den Arbeitgebern anerkannt und somit für sie bindend sind, keinen Gebrauch? Warum besucht Ihr nicht unsere Branchensammlungen, wo Ihr Aufklärung in allen Fragen erhaltet? Wir wollen gerne feststellen, daß es noch eine Anzahl Unternehmer gibt, die ihre Verpflichtungen einhalten. Aber ist es nicht so, daß gerade diese Arbeitgeber von ihren eigenen Kollegen be-

würgt werden? Diese unsauberen Methoden dürfen auf uns nicht abfärben. Wir wollen gerne arbeiten, aber nur unter menschenwürdigen Verhältnissen und lehnen es deshalb schärfstens ab, als Ausbeutungsojekt behandelt zu werden. Wenn wir alle gewerkschaftlich organisiert sind und in treuer Bereitschaft einer für den anderen einsteht, werden wir den Kampf um ein besseres Leben für uns entscheiden.

Besucht die Branchen-Versammlungen. Auskunft erteilt die Industriegewerkschaft Metall, Mannheim, L 4, 15.

Branchenleitung der Spengler und Installateure.

Richtfest und neue Projekte

„Ein Tropfen auf den heißen Stein...“

Mannheim. In der Gaststätte des Kraftsportvereins 1884 feierten die am Bau der Einfachhäuser in der Thornerstraße (Schönau) und Sporwörthstraße (Rheinau) beteiligten Arbeiter, Handwerker und Angestellte am Mittwoch-Abend das Richtfest.

Direktor Platz von der Gemeinnützigen Baugesellschaft brachte in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck, daß die Arbeiten überraschend schnell vorangeschritten seien. In kurzer Zeit seien die Häuser soweit, daß der Dachdecker beginnen könne. Besonderer Dank galt neben sämtlichen Mitarbeitern den Bausparern. Im Februar wurde mit dem Bau der Einfachhäuser an der Peripherie der Stadt begonnen. In den beiden obgenannten Straßen wurden so 84 Einfachwohnungen richtfertig. 84 Familien bekämen wieder ein anständiges Dach über den Kopf, meinte Dir. Platz und fügte hinzu, daß die Zahl der neuerrichteten Wohnungen leider noch gering sei. Dauerlicher Weise bestände auf Grund von Geländeschwierigkeiten und wesentlich höheren Mieten keine Möglichkeit, diese Wohnungen näher an die Stadt heranzubekommen.

Es soll noch eine Anzahl weiterer Wohnungen folgen, so daß man in diesem Jahr mit der Erstellung von 1000 neuen Woh-

nungen durch die Gemeinnützige Baugesellschaft rechnen kann. An Einfachhäusern sollen einschließlich der in der Thorner- und Sporwörthstraße liegenden insgesamt 210 errichtet werden. Dabei handelt es sich um 50 Wohnungen in der Habichtstraße in Käferthal und 76 Wohnungen im Haselweg in der Gartenstadt.

Ein weiteres Projekt der Gemeinnützigen Baugesellschaft bilden die sogenannten Reihenhäuser mit 16 bis 20 Wohnungen im Geheubarren in der Rheinau. Auch seien in Thornerstraße weitere 7 Einfachhäuser vorgesehen. Mit dem Ausbau von 23 beschädigten Wohnungen soll in der Gartenstadt, auf der Schönau und in Käferthal begonnen werden.

Bezugsfertig sind weiterhin bis Juli in der Landwehrstraße 56 Wohnungen, bis August 360 Wohnungen in der Eisenlohrstraße und bis zum Spätherbst 200 Wohnungen im Ludwig-Frank-Block.

Direktor Platz bezeichnete während seiner Ausführungen die geplante Bautätigkeit selbst als „einen Tropfen auf den heißen Stein...“

Begrüßenswert ist es, daß diesmal die Mieten relativ niedrig gehalten werden. Eine 2-Zimmer-Wohnung mit Küche und Gartenanteil soll zwischen DM 32-36 monatlich kosten.

Beethoven und Schumann im Akademiekonzert

Mannheim. Das Arrangement des siebensten Akademiekonzertes in Mannheim brachte Hector Berlioz Overture „König Lear“ das Klavierkonzert in a-moll von Robert Schumann und Ludwig van Beethovens Achte Symphonie, unter Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Rieger.

Das Frühwerk des 28-jährigen Berlioz, „König Lear“, ist eine Nachempfindung der Shakespearschen Tragödie des allzu schwachen Vaters, den der Undank seiner Töchter in den Wahnsinn treibt und ist von der Stimmungswelt dieser zeitlosen Menschentragedie des großen Briten inspiriert. Die musikalische Fachwelt identifiziert in diesem Werk das rezitativische Hauptthema mit dem unglücklichen Lear, das lyrische Neben-thema der Oboe versinnbildlicht das frauliche Element, die Stimme des einzig getreuen Kindes, der Cordelia. Der Wahnsinnschrei des verzweifelten Vaters findet plastischen Ausdruck in einem stürmischen Allegro, ohne indes an Tiefe der hinreißen-

den Sprache Shakespeares nahezukommen. Schumanns Klavierkonzert in a-moll brachte einen berühmten Gast an den Flügel, Professor Wilh. Kempff, einen exzellenten Pianisten von hohen Graden. Das romantisch-poetische Werk des unglücklichsten Romantikers des deutschen Musikschaffens erhielt, was den Klavierpart anbelangt, eine sehr subtile, von brillanter Technik getragene Wiedergabe, die den auch einen nicht verstummenden Applaus entfachte.

Um einen Beethoven auszuschöpfen, bedarf es mehr als dessen, was Rieger hier bot, denn diese Interpretierung war zwar sehr gekonnt und routiniert, blieb aber doch im Konventionellen stecken. Diese, mit „leichter Hand“ geschriebene, von der Heiterkeit eines Geistes, der sich durch nichts niederwerfen läßt, getragene viersätzige Achte Symphonie, die in einer wahrhaft ästhetischen Ekstase gipfelt, fiel durch die Ausdeutung Riegers dem virtuos Schumannkonzert gegenüber, wesentlich ab.

Es gab Applaus und Bravos eines überraschend gut besuchten Hauses. Indessen erhebt sich auch hier wieder die Frage an die musikalische Akademie: Wo bleibt im Bach-Jahr, drei Monate vor Johann Sebastian 200. Todestag, das große Bach-Konzert?

„Iwan der Schreckliche“ hat sich erhängt

Mannheim. Der ehemalige Hauptsturmführer, Georg Michael Schaaß aus Sandhausen, berüchtigter SS-Folterknecht des Konzentrationslagers Hintzert, vergangener Freitag von der Großen Strafkammer Mannheim wegen grausamer Mißhandlung von Häftlingen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, hat am Mittwoch im Landesgefängnis durch Erhängen seinem Leben selbst ein Ende bereitet.

Schaaß, über dessen Bestialitäten in Hintzert wir anlässlich der Mannheimer Hauptverhandlung ausführlich berichteten, und der vom Anklagevertreter in dessen Plädoyer als „Scheusal in Menschengestalt“ bezeichnet wurde, hatte von den Häftlingen dieses Lagers den charakteristischen Spitznamen „Iwan der Schreckliche“ bekommen.

Nicht Reue trieb Schaaß zum Selbstmord, sondern die Aussicht, sich demnächst wegen der Ermordung von Häftlingen verantworten zu müssen. Luxemburgische und französische Widerstandskämpfer, zu deren „Exekution“ er sich freiwillig meldete, hat er umgebracht, vermutlich auch einen sowjetischen Offizier durch Genickschuß getötet. Außerdem war er noch des vollendeten Totschlages in drei Fällen dringend verdächtig. Den Schlußpunkt, den er hinter sein blutiges Leben selbst setzte, erspart dem Staat die Verantwortung, ihn lebenslang füttern zu müssen.

Mannheimer Kleingärtner bauen Siedlung Die Bezirksgruppe Mannheim der Kleingärtner und Siedler e. V. erstellt im Stadtteil Mannheim-Wallstadt eine Siedlung mit 28 Häusern und insgesamt 56 Wohnungen.

Es ist dies das erste Bauvorhaben, das von der Organisation der Kleingärtner als eigener Siedlungsträger begonnen wird. Bei diesem Werk streben sie an, durch Gemeinschaftsarbeit Wohnungen mit tragbarer Miete für Minderbemittelte zu beschaffen. Die Arbeit beginnt am 29. April 1950, 15 Uhr, Baustelle Alleanenstr. Wallstadt.

Kleines Theater, Mannheim

Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß durch das „Kleine Theater Mannheim“ „Robert und seine Brüder“ am Samstag, den 22. und Sonntag, den 23. April 1950, jeweils um 20 Uhr, im Goetheaal in der Rathenaustraße 5 zu weiteren Aufführungen gelangt. Das Stück ist ein wertvoller kultureller Beitrag zur Friedenskampagne.

Die Partei beteiligt sich

an der Unterschriftensammlung des Komitees der Kämpfer für den Frieden

Am Samstag, 22. April, 16 Uhr, am Sonntag, 23. April, 10 Uhr vormittags.

Alle Genossinnen und Genossen treffen sich in folgenden Lokalen:

Feudenheim: Lokal „Wartburg“, Friedrichsfeld: Lokal „Hirsch“,

Innenstadt-West: Lokal „Stadt Heilbronn“ (Fertig), Holzstraße 18,

Jungbusch: Lokal „Gemütlichkeit“ (Rüger), Ecke Bell- und Böckstraße,

Innenstadt-Ost: Lokal „Schützenhof“, S 3, 11,

Käfertal: „Paul-Schreck-Heim“, Mannheimerstraße 2,

Lindenhof: Lokal „Olbert“, Luzenberg: Lokal „Reiber“,

Neckarau: Lokal „Engel“, Neustheim: Lokal „Autohof“,

Neckarstadt-Ost: im Hof der Uhlandschule, Neckarstadt-West: Lokal „Goldene Schlange“,

Pfingstberg: Lokal „Pfingstberg“, Rheinau: Lokal „Jenner“,

Sandhofen: Lokal „Gambrianus“, Schönau: Siederheim,

Seckenheim: Lokal „Zur Pfalz“, Schwetzingenstadt: Lokal „Willig“, Amerikanerstraße,

Waldhof: Parteibüro, Speckweg 31.

Mannheim muß am Samstag und Sonntag im Zeichen der Unterschriftensammlung für den Frieden stehen.

Aus dem Arbeitsgericht

Der Werkspionage verdächtig

Mannheim. Eine Chemikerin stand vor dem Arbeitsgericht mit einer Kündigungswiderrücklage. Man hatte sie der Werkspionage verdächtig und deshalb fristlos entlassen. Sie soll angeblich bei dem Versuch erlappert worden sein, einen Zettel mit dem Herstellungsverfahren eines im Labor der betreffenden Firma herzustellenden Kittes aus dem Werke zu schmuggeln. Sie habe das Rezept unbemerkt in ihre Handtasche gleiten lassen und sei am darauffolgenden Sonntag, ohne den zuständigen Abteilungsleiter zu verständigen, in die Betriebsräume eingedrungen. Durch das geräuschvolle Herunterlassen eines Rolladens habe sie jedoch ihre Anwesenheit einem Nebenmann in seiner Wohnung befindlichen Mitglied der Betriebsleitung verraten, der sie daraufhin zur Rede gestellt und in sichtbare Verlegenheit gebracht habe. Das Gericht erkannte jedoch diese Argumente nicht an.

Die Klägerin bestritt entschieden jegliche Absicht einer unredlichen Verwendung der ihr im Betriebe zugänglichen Rezepte. Ein Versuch zur Herstellung von Kitt sei im Labor in Vorbereitung gewesen und sie habe sich lediglich die hierzu nötigen Unterlagen notiert. Um Spionage auszuführen, hätte sie es intelligenter angepackt und sich die Formeln im Gedächtnis eingepreßt. Nach näherer Untersuchung des Sachverhaltes entschied das Gericht gegen die Firma.

Lehrling, Angestellter und Firmeninhaber in einer Person!

Daß jemand zu gleicher Zeit Lehrling, Angestellter und zukünftiger Inhaber der gleichen Firma sein kann, erfuh man im folgenden Falle.

Der etwa 20jährige K., der vor dem Arbeitsgericht gegen seine erfolgte Kündigung klagte, war durch die Teilhaberschaft seiner Tante als Lehrling in einen Konditoreibetrieb hineingekommen, den er nach Ablegung seiner Lehrzeit übernehmen sollte. Der Geschäftsführer des Betriebes sah in dem frisch Eingetretenen seinen späteren Chef und behandelte ihn dementsprechend mit Glacéhandschuhen. Von Lehrling konnte trotz des Lehrvertrages kaum eine Rede sein, denn der Cafébesitzer in spe bekam monatlich die Gage eines Angestellten in Höhe von 300 DM. Der Geschäftsführer beschuldigte K. zwar vor Gericht, er habe während der ganzen Lehrzeit nur gebummelt, sei erschienen, wenn es ihm paßte und habe im Betrieb den Ton angeben wollen. Damit beweisere er jedoch nur seine eigene Unfähigkeit, meinte der Richter. Er hätte energisch mit der Faust auf den Tisch schlagen sollen. Als Geschäftsführer habe er nicht die Interessen eines einzelnen Teilhabers zu vertreten, sondern lediglich die betrieblichen Belange durchzuführen. Die Angelegenheit wird in nächster Instanz nochmals verhandelt werden.

Betriebsrat muß gefragt werden!

Ein ehemals bei Daimler-Benz Beschäftigter hatte seine Wiedereinstellung beantragt. Der Betriebsrat war dagegen. Grund: Der Betreffende habe in der R-Mark-Zeit nachweisbar geschoben. Vor dem Arbeitsgericht glaubte er, den Beschluß des Betriebsrates anfechten und eine Schadenersatzklage erheben zu können. Seine Klage wurde jedoch abgewiesen, da auf Grund des § 4 des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates, eine Stellungnahme des Betriebsrates bei Neueinstellungen entscheidend sein muß.

Zone; um erneut, und diesmal in einem dankbaren Tätigkeitsfeld im Trüben zu fischen. Einem Gesundheitsoffizier der Militärregierung in Köln imponierte er mit Erfolg damit, daß er sich im Januar 1947 aus der Tschechoslowakei ausgewiesen legitimiert. Als ihm der Boden dort zu heiß wurde, wechselte er über nach Bayern und bewarb sich wiederum als armer Flüchtling aus dem Osten beim Bayerischen Staatsministerium des Innern um eine Anstellung als Arzt.

Im Staatlichen Gesundheitsamt in Schweinfurt tauchte er dann eine zeitlang unter. Auch die Landesversicherungsanstalt in Stuttgart fiel auf die läugerischen Behauptungen von dem politischen Flüchtling und dem von den Bolschewisten verfolgten herein.

Ein Riesenbetrugsmanöver startete der Angeklagte mit seinem „Tbc-Heilmittel T-35“, das sich, wie die gerichtliche Untersuchung ergab, als eine Mischung aus geriebenem Lorbeersamen und Honig erwies und in das Millionen Lungenkranke in der ganzen Welt ihre Hoffnung gesetzt hatten.

Der Verlauf dieses nicht alltäglichen Prozesses beweist wieder einmal, wie bitter notwendig es ist, Schluß zu machen mit der staatlich protektierten Fürsorge für die Volksbetrieger und Volksverräter, die aus dem Osten geflohen sind, mit den Haßgesängen gegen die Deutsche Demokratische Republik, die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion.

Streiflichter aus dem Heimkehrerforum

130 Spätheimkehrer arbeitslos — Stadtverwaltung glaubt nichts tun zu können

Mannheim. Der Ortsverband Mannheim des Landesverbandes der Heimkehrer Nordbaden, veranstaltete am Mittwochabend in der Aula der Wirtschaftshochschule ein Forum, das sich mit dem Problem der Beratung der körperbeschädigten Heimkehrer, dem Arbeits- und Wohnungsproblem befaßte. Die Landesversicherungs-Anstalt Baden und die Ortskrankenkasse Mannheim hatten je einen Vertreter hierzu entsandt, die Stadtverwaltung und die politischen Parteien gleichfalls eingeladen, glänzten, mit Ausnahme der KPD durch Abwesenheit.

Bürgermeister Trumppheller hatte auf die Einladung des Ortsverbandes Mannheim einen Bericht geschickt in welchem er im Hinblick auf die „schweren Differenzen“ in der Heimkehrerorganisation, bedauerte, an der Versammlung nicht teilnehmen zu können. (Gemeint war damit die Auseinandersetzung zwischen den nordbadischen Heimkehrerverbänden und dem reaktionären Landesverband in Stuttgart d. Red.) Der Bürgermeister teilte ferner in dürren Worten mit, daß er den Antrag der Mannheimer Heimkehrer, auf Gewährung eines Zuschusses für ihre Selbsthilfeaktion (Siedlungsbau, Arbeitsbeschaffung) in Anbetracht der „gespannten Finanzlage“ der Stadt abschlägig beschieden müsse. Die Verlesung dieses Briefes löste große Unruhe und geharnischte Zwischenrufe aus.

Man erinnert sich in diesem Zusammenhang an die bombastischen Erklärungen des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Carlo Schmidt auf der Mannheimer Kundgebung „Ruf an die Menschlichkeit“. Ein einziger Haßgesang gegen die Sowjetunion und leere Worte für die Heimkehrer, die nach Hause kommen, und statt der Freiheit und der Menschenwürde die Freiheit des Hungers und ein der Menschlichkeit hohnsprechendes Vegetieren im Kellerloch haben. Darauf wies der Heimkehrer Stadelmaier, der mit seiner Familie in einem Keller in der Friedrichselder Straße haust, in der Aussprache hin, und nichts illustriert das von Carlo Schmidt so sehr beweihte Los der Heimkehrer mehr als die Tatsache, daß wir in Mannheim allein 130 arbeitslose Spätheimkehrer haben, für die auch Herr Schmidt außer seinen Tiraden keine wirkliche Hilfe hatte.

Die allgemeine Verbitterung der Heimkehrer richtete sich in diesem Forum vor allem gegen die Landesversicherungs-Anstalt mit ihrer Verschleppung der Rentenansprüche und die endlosen Untersuchungen durch die Vertrauensärzte der LVA zum Zwecke der Herunterdrückung des Rentensatzes. Es wurde festgestellt, daß die Kran-

kenhauskosten an den KB-Renten abgezogen werden, ja daß sogar ein hundertprozentiger eingestuftter Körperbeschädigter und Heimkehrer die 40 Tage Arbeitslosenunterstützung, die er vor seinem Rentenbescheid erhielt, wieder zurückzahlen soll. Der anwesende, sehr hilflose Vertreter der LVA konnte sich nur achselzuckend auf die Gesetze berufen, was sicherlich zutrifft, aber das Gebaren der LVA in den hier zur Sprache gekommenen Fällen durchaus nicht entschuldigt. Die bitter-ironische Feststellung einiger Heimkehrer, daß die LVA die endgültige Festsatzung der KB-Renten so lange hinauszögert, bis einige Heimkehrer gestorben sind, ist sicher übertrieben, zeigt aber, in welche Verzweiflungssituation unsere Heimkehrer staatlicherseits hineinmanövriert werden.

Man kam überein, daß dieser Staat für

Friedenskomitee in Weinheim gebildet

Erfolgreiche Sabotage der Stadtverwaltung

Weinheim (Volkskorr.) Trotzdem die Stadtverwaltung von Weinheim versuchte, die vom Mannheimer Friedenskomitee veranstaltete Friedenskundgebung zu sabotieren, indem sie den erbetenen Bürgersaal im neuen Rathaus mit der fadenscheinigen Begründung ablehnte, der Saal würde für eine „interne Besprechung“ gebraucht, konnte die öffentliche Versammlung am 19. April im Gewerkschaftssaal, im Alten Rathaus, durchgeführt werden. Es ist offensichtlich, daß verschiedene Personen in der Stadtverwaltung in Weinheim kein Interesse daran haben, daß die Friedensfreunde in Weinheim an die Öffentlichkeit treten.

Bis auf den letzten Platz war der Saal des Alten Rathauses gefüllt, als Versammlungsleiter Umstetter vom „Komitee der Kämpfer für den Frieden“ die Friedensversammlung eröffnete.

Der Redner stellte gleich zu Anfang heraus, daß das Friedenskomitee nicht Angelegenheit einer Partei, sondern Angelegenheit eines jeden vernünftigen Menschen sein müsse. Die Kämpfer für den Frieden dürfen sich nicht nur in platonischen Erklärungen erschöpfen, sondern es müsse tatsächlich eine gewaltige Arbeit geleistet werden, um den Kriegstreibern das Handwerk zu legen. Kriege werden von Menschen gemacht und können von Menschen verhindert werden. Der Beifall der Anwesenden zeigte, daß der Redner allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

In der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion kam immer wieder zum Ausdruck,

seine Heimkehrer nichts übrig hat, derselbe Staat, der Hunderttausende verschwendete, um den Sitz der Hohen Kommission auf dem Petersberg fürstlich auszustatten. Es wurde leider keine Entscheidung gefaßt, man begnügte sich mit der Feststellung der negativen Ergebnisse aller Anstrengungen, auch hinsichtlich der Stadtverwaltung. Der planmäßigen Verhetzung zum Antisowjetismus scheinen immer noch einige Heimkehrer zu erliegen, sie wissen nicht, wie sehr sie dadurch, unbewußt zwar, die Geschäfte der Reaktionen in Westdeutschland besorgen, die sie mittellos hungern lassen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß in der nächsten Woche mit dem ersten Spatenstich für eine Heimkehrersiedlung in der Gartenstadt begonnen wird, die Gelder hierfür wurden z. T. durch private Spenden aufgebracht.

daß die Sowjetunion heute in Verbindung mit den fortschrittlichen demokratischen Mächten des Ostens die einzige friedliebende Macht der Welt ist und daß das Lager der Kriegstreiber, geführt von der USA, einen neuen Krieg versucht, um auf diese Weise dem wirtschaftlichen Chaos zu entfliehen. Die Sowjetunion hat soviel für den friedlichen Aufbau im eigenen Land zu tun, daß ihr jeder Gedanke an einen Krieg fern liegt. Ein junger Versammlungsteilnehmer erklärte unter dem Beifall der Anwesenden, daß die Jugend sich nicht noch einmal für einen Krieg mißbrauchen lassen darf.

Aus der Versammlung heraus kam dann der Vorschlag, in Weinheim ein Friedenskomitee zu bilden, um damit den Anschluß an die Friedenskräfte in ganz Deutschland zu vollziehen. Beifällig nahm die Versammlung diesen Vorschlag an und machte sofort Vorschläge. Der Arzt neben der Hausfrau und dem Arbeiter im Betrieb, sie alle fanden sich zusammen für das gemeinsame Ziel.

Anschließend wurden fünf Delegierte für den Landesfriedenskongreß am 29. und 30. April in Stuttgart gewählt.

In seinem Schlußwort ermahnte der Hauptredner des Abends alle Versammlungsteilnehmer, sich mit allen Kräften für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Vor allem sei es notwendig, daß die Unterschriftensammlung für den Frieden zu einem vollen Erfolg werde.

Kurz notiert

Schulzahnklinik in Pforzheim wird demnächst eröffnet
 Pforzheim. (Iwb) Die neue Schulzahnklinik in Pforzheim wird nach Mitteilung der Stadtverwaltung bald eröffnet werden. Die Einrichtung der Klinik hat die Stadtverwaltung 17 000 DM gekostet.
 In Pforzheim sollen zur Zeit 90 Prozent aller Schulkinder zahnkrank sein.

Alte Gewerkschaftler geehrt
 In der Hauptwerkstatt für Postkraftwagen fand anlässlich des 25jährigen Arbeitsjubiläums der Kollegen Baumann, Ludwig Diebold, Karl Diebold, Farrenkopf und Lautenschläger eine schlichte Feier statt.
 Nach einem einleitenden Gedicht „Ehret die Arbeit“ von Freiligrath sprach der Betriebsratsvorsitzende über den Sinn dieser Ehrung und über die schweren Kämpfe der Gewerkschaften, die diese Art der Ehrung erst ermöglichten.
 Unter Ueberreichung von Prämien und kleinen Geschenken wurde den Jubilaren der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.

Auch 1950: Reit-, Spring- und Fahrturnier Heidelberg
 Das im vergangenen Jahr erstmals in Heidelberg in großer Form vom Heidelberger Reitverein erfolgreich durchgeführte internationale Reit- und Fahrturnier wird in diesem Sommer eine glanzvolle Wiederholung finden. Die eindrucksvolle Pferdeleistungsschau wird vom Heidelberger Reitverein e. V. in der bestimmten Turnierfolge der Städte Wiesbaden, Heidelberg, Baden-Baden und Frankfurt durchgeführt. Das Heidelberger Turnier findet vom 3. bis 4. Juni auf dem schönen Gelände am Neckar statt und zwar — wie bereits heute bekannt ist — unter Beteiligung der deutschen Spitzenklasse und französischer und amerikanischer Reiter mit ausgezeichnetem Pferdematerial.

Kennkarten für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren
 Karlsruhe. Durch eine Verordnung der Landesregierung Württemberg-Baden wurde die Kennkartenpflicht für Jugendliche beiderlei Geschlechts vom vollendeten 18. auf das vollendete 14. Lebensjahr ausgedehnt. Ein großer Teil der Jugendlichen hat trotz Aufforderung noch keine Kennkarte ausstellen lassen. Die gesetzlichen Vertreter bzw. Sorgeberechtigten der Jugendlichen werden dringend gebeten die Antragsformulare alsbald bei den zuständigen Polizeibehörden (in Durlach bei der Einwohnermeldestelle Amtshausstraße 11) abzuholen bzw. abholen zu lassen. Die Ausstellung der Kennkarte erfolgt kostenlos. Letzte Frist: 31. Mai 1950.
 Die Polizeibehörden sind angewiesen, Anzeige zu erstatten, wenn Jugendliche infolge von Nachlässigkeit noch nicht in den Besitz einer Kennkarte sind.

Keine Entdeckungen bei Baden-Südwest

Nordbaden: Jöckel, M. Fischer, Röbling; Dannemeyer (de la Vigne), Gärtner, Ohles; Isacker (Kunkel), Langlotz, Lipponer (Bechtel), de la Vigne (Isacker), Roth (Hölzer).

Südwest: Fischer (Hölz); Mechnig (Ertel), Kohlmeier; Laag (Gläser), Brand, Gawlicek; Wettig (Gierl), Basler (Stöck), O. Walter (Basler), Bogert (Weber), Oster (Wettig).
 Wenn Bundestrainer Herberger aus den 14 Kuristen der nordbadischen Mannschaft und den 17 Kuristen, die Südwest in diesem Mittwoch-Spiel im Ludwigshafener Stadion einsetzte, Anwärter für eine deutsche Nationalmannschaft hätte auswählen müssen, dann wäre er arg in Verlegenheit geraten. Der einzige Spieler, der wohl seine Reife für die Nationalmannschaft bewiesen hätte, war nicht auf dem herrlichen Rasen dieser idealen Kampfstätte — nämlich Fritz Walter.

Von den 17 Spielern des Südwest-Aufgebots war nur Torwart Fischer Sonderklasse, ferner Verteidiger Kohlmeier, rechter Läufer Laag und Stürmer Otmär Walter über dem Durchschnitt. Schwach waren Mechnig, Bogert, Stöck und lange Zeit auch Wettig. An Schnelligkeit und Entschlossenheit waren die Pfälzer den Badenern überlegen, ihre Zusammenarbeit war aber mangelhaft, was ja durch das Fehlen Fritz Walters verständlich wird.

Legt man nur den Maßstab technischen Könnens an, so hatte Nordbaden ein erhebliches Übergewicht über die Pfälzer und in de la Vigne, Langlotz, Lipponer, Isacker Stürmer, die in dieser Hinsicht wohl die Reife für die Nationalmannschaft hätten, aber wenn man fast eine halbe Stunde lang so feldüberlegen ist, die gegnerische Abwehr immer wieder mühelos umspielt und dann nur einen einzigen Treffer anzubringen vermag — mit solchen brotlosen Künsten kann man keine Länderspiele gewinnen. Selbst Lipponer stieß sich auf den Rösselsprung mit Querpaß und Rückpaß ein. Er setzte seine Kollegen vorbildlich ein, erhielt aber selbst kaum einmal eine brauchbare Vorlage. Es ist bezeichnend, daß der badische Sturm in der zweiten Halbzeit nach Ausscheiden einiger „Techniker“ zwar lange nicht mehr so schön spielte — aber zwei Tore erzielte, die den Sieg sicherten.

In der Hintermannschaft Badens war Gärtner nach einiger Anlaufzeit die überragende Figur. Die Außenläufer Dannemeyer und Ohles vernachlässigten zuweilen die Deckung, bei Fischer beobachtete man neben Glanzleistungen auch manchen Schitzer. De la Vigne machte auch als rechter Läufer eine gute Figur, der Waldhölzer Röbling genügt, ebenso wie Bechtel, Roth und Kunkel waren schwach und Hölzer hätte in der ersten Halbzeit zusammen mit seinem Vereinskameraden Lipponer besser abgeschnitten.

Die etwa 12 000 Zuschauer mußten zuerst annehmen, daß die Badener ihren Gegner in Grund und Boden spielen würden. Mit einer wundervollen Präzision lief der Ball von Mann zu Mann über den herrlichen Rasen und die Abwehr der Pfälzer wurde immer wieder durch allerhand technische Tricks und Kniffe buchstäblich genarrt. Nach acht Minuten fiel auch bereits Badens erstes Tor nach bildschöner Kombination durch Langlotz. Die Fortsetzung bestand aber nur in einer Serie von Eckbällen. Als die Hintermannschaft der Pfälzer erkannt hatte, wie harmlos der badische Sturm war und als sie allmählich auch von reiner Abwehrarbeit zur Unterstützung des eigenen Sturms übergehen konnte, wurde es gleich brenzlich vor Badens Tor und Baden konnte zufrieden sein, daß es bis zur Pause bei dem von Wettig

Heimkehrer, erhebt Eure Stimme für den Frieden!

Zuschrift eines Heimkehrers zur Unterschriftensammlung für den Frieden

Ein Jahr bin ich daheim. Wie alle, kam auch ich mit jenen bescheidenen Wünschen, die allen Heimkehrern zu eigen sind. Krieg und Gefangenschaft sollten endgültig vorbei sein. Die Sehnsucht nach einem neuen Leben stand im Vordergrund. Doch wie groß war die Enttäuschung. Statt Ruhe, Arbeit, Wohnung und Auskommen wurden Hast, Not, Arbeitslosigkeit, familiäre Sorgen und Unverständnis von seiten des Staates und der Behörden, die für die Aufnahme der hunderttausenden von Heimkehrern nichts vorbereitet hatten, unsere ständigen Begleiter. Der Weg in das zivile Leben kann so kaum gefunden werden.

Eine Bilanz des Grauens
 Neben uns Heimkehrern stehen die Millionen einfacher Menschen unseres Volkes, die wie es bei jedem Krieg der Fall ist, — das Leid mit seiner ganzen Wucht traf. So las ich, daß die Zahl der Rentenbezieher allein im Bundesgebiet 3,5 Millionen beträgt. Davon sind 1,4 Millionen Kriegsbeschädigte, eine halbe Million Witwen, 1,3 Millionen Weisen und 119 000 Kriegereltern. Aus einem Bericht des bayerischen Ministeriums für Arbeit und Fürsorge ersah ich, daß von 100 Deutschen des Jahrganges 1924/23 gefallen, gestorben oder vermißt, 2 in Gefangenschaft, 31 kriegsbeschädigt, 5 leichtverletzt und 2 durch Krankheit arbeitsunfähig sind. Nur 37 Prozent sind „noch einmal davongekommen“.
 Trotz dieser wahrhaft erschreckenden Bi-

lanz weist die Bundesregierung in ihrer kurz vor Ostern veröffentlichten Denkschrift, die eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland sein soll, darauf hin, daß der Fortfall des Wehr- und Arbeitsdienstes mit schuld an der Zwei-Millionen-Arbeitslosenzahl trage. Eine solche Erklärung, fünf Jahre nach Beendigung des schrecklichen Krieges, der den Völkern der Welt über 30 Millionen Tote und materielle Verwüstungen kostete, wie sie die Geschichte noch nie kannte! Das, nach dem schon einmal ein Gefreiter des 1. Weltkrieges im Auftrage der deutschen Schwerindustrie versuchte, auf solche Weise die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und als deren Folge immer noch ein Teil Soldaten jener Wehrmacht in Gefangenschaft sind. Nie wieder ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm!
Deshalb unsere ganze Kraft für den Frieden
 Wir Heimkehrer haben in den schweren Jahren der Gefangenschaft den Krieg, der auch den Menschen der „Siegerländer“ unzählige Opfer brachte, gründlich hassen gelernt. Auch ohne neue Kriegsproduktion und Soldaten gibt es in Deutschland genügend Arbeit für alle. Wir wollen weder dauernd Heimkehrer bleiben, noch wieder weiche werden. Darum brauchen wir keine Veröffentlichungen über vergangenes und zukünftiges Soldatentum, wie sie zurzeit in allen möglichen Zeitungen und Zeitschriften zu finden sind. Tatkraftige Arbeit aller für einen friedlichen Aufbau, durch den jeder Arbeit und Brot bekommt, ist notwendig.
 In diesem Sinne begrüße ich die fortschrittliche Tätigkeit der nordbadischen Heimkehrerverbände. Ihre einjährige Tätigkeit hat bereits erwiesen, daß es durch

den Zusammenschluß der Heimkehrer aus Ost- und Westgefangenschaft in einer überparteilichen Organisation möglich ist, die sozialen Interessen der Heimkehrer zu fördern, eine positive Zusammenarbeit mit den Behörden zu erreichen, und unserm Wunsche nach Frieden Ausdruck zu geben. Neue kräftige Impulse erhält jetzt die Friedensbewegung durch das Komitee der Kämpfer für den Frieden. Selbstverständlich muß sein, daß sich jeder Heimkehrer in die Friedenslisten einträgt.
 Geben wir unserer Liebe zum Frieden eine feste Basis durch eine aktive Tätigkeit an der Erhaltung des Friedens. Erkennen wir, daß ein neuer Krieg im Zeitalter der Atombombe den Untergang unserer Heimat heraufbeschwören muß. Allein der Friede und die Freundschaft zu den friedliebenden Kräften der anderen Völker ist die große nationale Chance für eine bessere Zukunft unseres Volkes.
 Darum arbeiten auch wir Heimkehrer für einen dauerhaften Frieden, den mit uns die ganze Menschheit so sehnsüchtig erwartet. Heimkehrer L. Karlsruhe

Jetzt noch Opfer der Bombennächte gefunden
 Heilbronn. (Iwb) Bei der Räumung der Trümmer eines Gebäudes in der Heilbronner Altstadt wurden am Dienstag die Ueberreste von fünf Leichen gefunden. Die Leichen konnten bisher noch nicht identifiziert werden. Das Gebäude, in dessen Keller sich sieben Personen befunden hatten, war bei dem Luftangriff auf Heilbronn am 4. Dezember 1944 durch einen Volltreffer völlig zerstört worden.

Frauen, Männer und Jugendliche! Der Frieden ist in Gefahr!

Das Komitee der Kämpfer für den Frieden ruft Euch zur

FRIEDENS-KUNDGEBUNG

am Freitag den 21. April 1950, um 20 Uhr, in der „Walhalla“, Karlsruhe Augartenstr. 27.

Es spricht: **Arthur Ketterer** vom Landesfriedenskomitee, Zonenvorsitzender der VVN

zum Thema:

Krieg und Vernichtung oder Frieden und Fortschritt?

Ihr alle müßt mithelfen, daß Deutschland nicht noch einmal zum Kriegsschauplatz wird. Folgt dem Ruf des „Komitees der Kämpfer für den Frieden“ und kommt alle!

UMSCHAU IM LANDE

Ehemaliger badischer Ministerpräsident in die Gruppe der Belasteten eingestuft

Karlsruhe. (Iwb) Der ehemalige badische Ministerpräsident Walter Köhler wurde am Dienstag in einer Berufungsverhandlung von der Zentralspruchkammer für Nordbaden in die Gruppe der Belasteten eingestuft. Außerdem wurden ein 30prozentiger Vermögenszug und fünf Jahre Berufsbeschränkung verfügt. Die als Sühnemaßnahme verhängten drei Jahre Arbeitslager gelten durch die Internierungshaft als verbüßt.

Köhler gehörte etwa 20 Jahre lang der NSDAP an und bekleidete in dieser Zeit in verschiedenen Parteiorganisationen hohe Ämter. Anfang Oktober 1948 war Köhler von einer Karlsruher Spruchkammer in die Gruppe der Minderbelasteten mit einer Sühne von 1500 DM und dreijähriger Berufsbeschränkung eingereiht worden. Gegen diesen Spruch hatte der Oeffentliche Kläger Berufung eingelegt.

Kind noch die über 50 000 Paar Nylonstrümpfe als Abfindung entsprachen der Wahrheit.

Vom Pferd gegen die Hauswand geschleudert

Karlsruhe. In der Sternstraße scheute das Pferd eines dort parkenden Fuhrwerks und rannte mit diesem durch die Lameystraße davon. Beim Einbiegen in die Hardtstraße stürzte es über den Gehweg und schleuderte dabei eine gerade vorübergehende Fußgängerin gegen die Hauswand. Sie erlitt Prellungen und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

OEG-Zug schleift Lkw mit zwei Anhängern zehn Meter weit

Heidelberg. (Iwb) An einer Straßenkreuzung in Schriesheim wurde am Dienstag ein Lastkraftwagen mit zwei Anhängern von einem aus Weinheim in Richtung Heidelberg fahrenden OEG-Zug erfaßt und etwa zehn Meter weit geschleift. Es wurde niemand verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Der Fahrer des Lastzuges hatte versucht, kurz vor dem Heranfahren des Zuges die Kreuzung zu überqueren.

Vorfähriger Ernteschaden gewaltig

Pforzheim. (Iwb) Im Stadt- und Landkreis Pforzheim sind im Jahre 1949 insgesamt 3885 Doppelzentner Weizen, 550 Doppelzentner Roggen, 1505 Doppelzentner Gerste, 750 Doppelzentner Hafer und 274 Doppelzentner Oelfrüchte durch Hagelschlag vernichtet worden.

Wieder Milch in Flaschen in Karlsruhe

Karlsruhe. (Iwb) Die Milchzentrale Karlsruhe wird bald wieder Milch in Flaschen verkaufen. Nach einem Erlaß des Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden darf vom 1. Juli 1950 an in den Städten Nordbadens mit mehr als 20 000 Einwohnern an öffentlichen Orten, insbesondere auf Märkten, Plätzen oder Straßen Milch nur noch in Gefäßen oder Behältnissen abgegeben werden, in die sie in einer Milchzentrale oder in anerkannten Milchbearbeitungsanlagen abgefüllt worden ist. Auch Milch, die ins Haus geliefert wird, darf künftig nur noch in Flaschen verkauft werden.

TERMINE DER FDJ

Karlsruhe-Durlach. Freitag, 21. 4. 50, 19.30 Uhr Zusammenkunft der Gruppe Durlach auf der Waldterrasse Lerchenberg.

Funktionärsitzung der Gruppe Durlach Samstag, 22. 4. 50, 20 Uhr, in der Sebaldstr. 20

Gruppe Karlsruhe. Funktionärsitzung am Sonntag, 23. 4. 50, vorm. 10 Uhr im „Auerhahn“.

Junge-Pioniere-Gruppe Durlach. Samstag, 22. 4. 50, 16 Uhr, Liedernachmittag in der Blumentorstraße 10.

Vergnügter Kindervormittag am Sonntag, 23. April 1950, vorm. 10 Uhr, in der Blumentorstraße 10.

An die Heidelberger Jugend!

Alle Berlinfahrer und Interessenten treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Freitag, den 21. April 1950, im „Westhof“. Bringt Freunde, Bekannte und weitere Interessenten mit!

Wo erfahrt ihr Näheres über das Deutschlandtreffen?

Alle Interessenten in Heidelberg und Umgebung, die am Deutschlandtreffen der Jugend am Pfingsten 1950 in Berlin teilnehmen wollen, erfahren Näheres bei:

- Kreisvorstand der FDJ, Heidelberg, Bergstraße 41
- Fritz Fischer, Heidelberg, Lauerstraße 1
- Lydia Holle, Heidelberg, Handschuhshamer Landstraße 3
- Ernst Wolfer, Heidelberg, Burgweg 8
- Heinrich Hoffmann, Heidelberg, Lessingstraße 8
- Heinz Walter, Heidelberg, Untere Straße 8

Das Ende eines Betrugs mit „50 000 Paar Nylonstrümpfen“

Mannheim. Vom Mannheimer Schöffengericht wurde am Mittwoch die 30jährige Paula Sch. aus Mannheim wegen Betrugs im Rückfall zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Angeklagte hatte sich Ende des vergangenen Jahres durch raffinierte Schwindelen eines Kredit- und Wechselbetrugs schuldig gemacht. Sie hatte erzählt, daß sie aus der Schweiz 50 000 Paar Nylonstrümpfe erwarbe, die ihr der Vater ihres angeblichen unehelichen Kindes als einmalige Abfindung zur Verfügung stellen wolle. Auf Grund dieser Angaben hatte die Frau von einem Mannheimer Bankinstitut einen sehr hohen Kredit eingeräumt bekommen.
 Weder die Angaben über ein uneheliches

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD, Kreis Mannheim
 Pforzheim. Freitag, 21. April 1950, 20 Uhr, im Lokal „Pflingsberg“ Mitgliederversammlung.

Hockenheim. Samstag, 22. April, 20 Uhr, Lokal „Engel“ General-Mitgliederversammlung.

Kurs der Betriebsfunktionäre
 Der Kurs der Betriebsfunktionäre findet am Sonntag den 23. April, 9 Uhr, im Lokal „Arion“, Uhländstraße 19, statt. Referent ist Genosse Hermann Nuding vom Parteivorstand.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe
 Betriebsgr. Gritzer u. Sebald, Durlach. Freitag, 21. 4. 1950, 17 Uhr, im „Tannhäuser“ — Betriebsgruppenversammlung.

Karlsruhe-Weststadt. Am Samstag, den 22. April 1950, 20 Uhr, im „Würtemberger Hof“ Jahreshauptversammlung.

Karlsruhe-Daxlanden. Frauen-Mitgliederversammlung am Samstag, den 22. April 1950 um 20 Uhr in der „Sonne“. Thema: „Die Frau in der Gewerkschaft.“ Referent: Hilde Hust.

Schulungstag für den Landkreis Karlsruhe. Am Sonntag den 23. April 1950, Beginn jeweils 9 Uhr vormittags.
 Thema: „Die Sowjetunion — der Triumph des Marxismus-Leninismus.“

Ettlingen im „Engel“ für Ettlingen, Malsch, Langensteinbach, Grünwettersbach und die Stützpunkte des Abtals. Referent: A. B. et z.
Bretten im „Lamm“ für Bretten und die Stützpunkte. Referent: Fritz Häfele.

Söllingen im „Grünen Baum“ für Söllingen und Kleinsteinsbach. Referent: Erich Weingärtner.

Grötzingen im Café Musselman für Grötzingen und Berghausen. Referent: Walter Wasserthal.

Jöhlingen im „Grünen Baum“ für Jöhlingen, Wösslingen und Weingarten. Referent: Josef Schlimmer.

Mörsch in der „Morgenröte“ für Mörsch und Forchheim. Referent: Fritz Heid.

Neureut in der „Krone“ für Neureut und Eggenstein. Referent: Hans Kellar.

Linkenheim in der „Krone“ für Linkenheim, Liedolsheim, Rußheim und Graben. Referent: E. Kaiser.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg
 Sandhausen. Freitag, 21. 4. 1950, 20 Uhr, im „Lamm“ — Mitgliederversammlung.

Heidelberg-Handschuhsheim. Am Freitag, den 21. April 1950 um 20 Uhr in der „Palz“ Mitgliederversammlung.

Walldorf. Am Freitag, den 21. April 1950, um 20 Uhr, im „Stern“ Mitgliederversammlung.

Veranstaltung der KPD Mosbach
 Gebietskonferenz am Samstag, 22. April 1950 um 20 Uhr in Neckargerach im „Grünen Baum“. Hierzu erscheinen alle Genossen von Neckargerach, Guttenbach, Zwingenberg und Michelbach.

Badisches Staatstheater

Wegen der ungewöhnlich großen Karten-nachfrage für das **Gründungs-Gastspiel** und um allen Interessenten Gelegenheit zu geben, diesen einmaligen Theaterabend zu erleben, hat sich Generalintendant Gustaf Gründgens, auf Bitten des Intendanten Wolff bereit erklärt, sein Hamlet-Gastspiel am Donnerstag, dem 4. Mai, zu wiederholen. — Vorbestellungen für beide Vorstellungen werden an der Theaterkasse und den Vorverkaufsstellen entgegengenommen. Die für Donnerstag, dem 4. Mai, vorgesehene Platzmieten-Vorstellung der Serie D muß daher auf Freitag, dem 5. Mai, verlegt werden. Da Herr Gründgens durch anderweitige Verpflichtungen nur am Donnerstag, dem 4. Mai, zur Verfügung stehen kann, bitten wir unsere Abonnenten höflichst um Verständnis für diese Verlegung.

Generalmusikdirektor Keilberth (Dresden) dirigiert in Karlsruhe

Karlsruhe. (Iwb) Generalmusikdirektor Josef Keilberth, Dresden, wird am 23. April im Badischen Staatstheater Karlsruhe die Oper „Der Freischütz“ dirigieren. Am 25. April dirigiert Keilberth in Karlsruhe die erste Symphonie von Beethoven und die erste Symphonie von Bruckner.

Zeitersparnis das Gebot mit dem flinken Rad von Schroth

Nur 5 DM Wochenrate

Kaiserpassage und Kaiserallee 51a

Wichtig ist, daß keiner vergiftet, wie billig das billige Warenhaus ist.

Für Damen:	Für den Herrn:	Für Kinder:
Berufskittel , weiß, sehr gute Qualität und bunt 12.80	Polohemden , m. Reißverschluß ab 3.90	Kinder-Söckchen , in vielen Farben, gute Qualität, Gr. 5-8 1.60
Damen-Jacken , Flauschart 7.80	Arbeits-Sporthemd , sehr stabil 5.80	Große Auswahl in viel Artikeln zu billigsten Preisen durch Lagerankauf.
Damen-Jacken , sehr schöner Hänger 10.80	Sommerpullover , sehr schön Restposten 2.60	Diverses:
Frühjahrskleider , elegant viele Muster 15.90	Unterhose , kurz Macco, mit Gummizug 1.95	Tischdecken , sehr feste Qualität, 120 breit, Sensationspreis per m 2.95
Damenblusen , weiß und viele andere Muster ab 4.95	Regenmäntel , Klepperart 1.90	Staubbesen sehr gute Qualität — 90 einfache Ausführung — 35
Damen-Garnituren (Rumba Tango 4.80) 2.95	Arbeitsmäntel , prima Qualität 12.80	Luxus-Kugelschreiber — 30
Damen-Schlepper , Charmeuse 1.95	Sportsocken , in viel. Ausführungen 49.50	Werkzeuge : durch Lagerankauf zu niedrigsten Preisen:
Damen-Sportschuhe , in vielen Farben 14.50	Herren-Luxussportschuh m. Kreppe oder Ledersohle u. Kerbrand 29.80	
Damen-Sportschuhe 4.80	Knaben-Sporthemd , dunkle Farben, stabile Qualität 1.90	
Chiffon-Schals , sehr schöne Muster 3.50	Knaben-Hosen , stabil 2.50	
Damen-Regenmäntel , Trenchcoatart 19.80		

Das billige Warenhaus, Karlsruhe, Adlerstr. 33

zw. Kaiserstr. u. Markthalle Täglich geöffnet von 8-19 Uhr, auch mittwochs